

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Marc Bernhard, René Bochmann, Jürgen Braun, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Leif-Erik Holm, Gerrit Huy, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Rüdiger Lucassen, Tobias Matthias Peterka, Eugen Schmidt, Martin Sichert, Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Solidarität mit den europäischen Partnern – Unterstützung für die Maßnahmen Polens, Ungarns und anderer europäischer Staaten zur Abwehr destabilisierender Migrationsbewegungen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die deutsche Migrationspolitik ist in der Regierungszeit Angela Merkels auch und gerade im Verhältnis zu unseren Nachbarn und Partnern in Europa von einer gewissen Rücksichtslosigkeit geprägt.
 2. Spätestens seit Mitte der 2000er Jahre sind die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland so ausgestaltet, dass Deutschland in Europa den Hauptanziehungspunkt für illegale Armutsmigranten aus Südosteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika darstellt.
 3. Deutschland setzt damit gewaltige Migrationsströme in Bewegung, die sich auf ihrem Weg zu uns durch eine Vielzahl europäischer und außereuropäischer Staaten bewegen und in diesen für die dortige Bevölkerung, aber auch für die Behörden, massive Probleme verursachen.
 4. Während andere klassische Migrationsziele in Europa, wie das Vereinigte Königreich, Schweden und vor allem Dänemark das Problem erkannt und Maßnahmen zu seiner Abstellung ergriffen haben, verweigert sich die Bundesregierung bisher einer konstruktiven Lösung.
 5. Als Konsequenz dessen sahen sich bereits mehrere auf der Balkanroute liegende europäische Staaten gezwungen, ihre Grenzen gegen den Ansturm illegaler Migranten mit dem Reiseziel Deutschland zu sichern. Grenzzäune wurden von Ungarn, Mazedonien, Österreich, Slowenien, Bulgarien und Griechenland errichtet.
 6. Seitdem im Juli die Zahl der über Weißrussland illegal in die angrenzenden EU-Mitgliedstaaten einreisenden Migranten sprunghaft angestiegen ist, planen nun auch Polen, Litauen und Lettland die Errichtung von Grenzzäunen.

7. Damit stehen wir vor der bemerkenswerten Situation, dass unsere europäischen Nachbarn es übernommen haben, das Territorium der Bundesrepublik Deutschland gegen illegale Zuwanderung abzusichern. Sie sehen sich gezwungen, diese ureigene deutsche Staatsaufgabe zu übernehmen, weil der Bundesregierung der politische Wille fehlt, ihr effektiv nachzukommen.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. zur Kenntnis zu nehmen, dass ihre zu illegaler Armutsmigration einladende Politik unsere Partner in Europa vor erhebliche Probleme stellt und dass der wünschenswerte Zustand möglichst offener Grenzen zu unseren Nachbarn voraussetzt, dass die Außengrenzen der Europäischen Union wirksam gegen illegale Migration geschützt werden,
 2. folglich zu einer Politik zurückzukehren, die von illegaler Migration abhält statt zu ihr zu ermutigen,
 3. den europäischen Partnern, insbesondere Ungarn und Polen, öffentlich Dank dafür zu zollen, dass sie letztlich vor allem im Interesse Deutschlands effektive Maßnahmen ergreifen, um Deutschland vor illegaler Masseneinwanderung zu schützen und
 4. die europäischen Partner, die bereits Grenzzäune zum Schutz gegen destabilisierende Migrationsbewegungen errichtet haben und solche, die dabei sind, derartige Grenzzäune zu errichten, großzügig finanziell bei deren Bau, Ausbau und Unterhalt zu unterstützen.

Berlin, den 10. November 2021

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Der noch amtierende Bundesminister des Innern, Horst Seehofer, wird in der Presse mit bemerkenswerten Aussagen über den Charakter der Migrationsbewegungen zitiert, die ihren Weg seit Juli 2021 verstärkt über Weißrussland in die Europäische Union mit dem Ziel Deutschland nehmen.¹ In der Online-Ausgabe der „Welt“ heißt es mit Datum vom 20. 10. 2021: „Seehofer nannte die Migration über Belarus eine „staatlich organisierte oder zumindest unterstützte Schleusertätigkeit“. Der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko bietet Menschen aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern Visa-freie Reisen an und treibt sie an die Außengrenze der EU, um Sanktionen zu rächen. „Das ist eine Form der hybriden Bedrohung, in dem man Migranten als politische Waffe einsetzt“, sagte Seehofer.“²

Damit werden zwei Aspekte der Europa seit geraumer Zeit destabilisierenden massiven Migrationsbewegungen benannt, die sonst politisch tabuisiert zu werden pflegen: Zum einen das kriminelle Schleuserwesen, dass derartige Massenbewegungen erst ermöglicht. Und zum anderen der Einsatz von Migration als „politischer Waffe“ in einer neuen Form des Kalten Krieges zwischen verfeindeten Staaten. Entgegen verbreiteter Narrative treten die genannten Migrationsbewegungen somit nicht spontan auf und sind auch nicht als eine Art von Naturgewalt zu verstehen. Vielmehr werden sie begünstigt und zumindest in Teilen auch organisiert.

Zur Begünstigung der illegalen Massenmigration trägt ein in weiten Teilen dysfunktional gewordenes deutsches und europäisches Asylrecht bei, dass es zumindest nach der in Deutschland vorherrschenden Rechtspraxis nicht mehr erlaubt, offenkundig nicht asylberechtigte Armutsmigranten effektiv von der Einreise nach Deutschland abzuhalten, beziehungsweise, sie nach erfolgter illegaler Einreise wieder zurück- oder abzuschieben.

Statt aber mit Entschlossenheit eine Reform des deutschen und europäischen Asylrechts mit dem Ziel anzugehen, die illegale Armutseinwanderung nach Europa und insbesondere nach Deutschland zu unterbinden, haben es sich die Europäische Union und ein Teil der Regierungen der Mitgliedstaaten, sekundiert von Nichtregierungsorganisationen und einem Großteil der oft regierungsnahen Medien, auf die Fahnen geschrieben, diese bisher illegale Armutseinwanderung zu legalisieren.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein „neues Asyl- und Migrationspaket“ verfolgt das ausdrückliche Ziel, neue legale Wege der Migration in die Europäische Union zu eröffnen. Da jedoch auch jetzt schon die illegale Einwanderung nach Europa mit erheblichen finanziellen und organisatorischen Aufwendungen der Migranten verbunden ist, wäre es unrealistisch zu erwarten, dass die von legalen Wegen der Migration nach Europa Begünstigten wesentlich andere wären als diejenige, die sich heute schon auf den Weg machen und die sich aufgrund geringer Qualifikation nur schwer oder gar nicht in einen immer anspruchsvoller werdenden deutschen Arbeitsmarkt eingliedern lassen.

Angesichts dessen muss es ein vorrangiges Ziel jeder den Bürgern der europäischen Staaten gegenüber verantwortungsvollen Politik sein, die Legalisierung der sich der derzeit noch illegal vollziehenden Masseneinwanderung nach Europa zu verhindern und letztere zu unterbinden. Es ist, wie angesprochen, weder die Bundesregierung und auch nicht die Europäische Kommission, die sich um eine bürgerfreundliche Politik im angesprochenen Sinne verdient gemacht haben. Es sind vielmehr einzelne, dafür von einem Großteil der westeuropäischen Medien angefeindete und von der europäischen Kommission disziplinierte Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die eine bürgerfreundliche Politik verfolgen und Deutschland und Europa seit 2015 vor noch größerer Destabilisierung bewahrt haben.

Zu nennen ist hier insbesondere die italienische Regierung, solange Matteo Salvini als Innenminister amtierte und gegen die illegale Migration über das Mittelmeer vorgehen konnte. Zu nennen sind aber insbesondere auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die auf den unterschiedlichen Balkanrouten der Migrationsströme liegen, insbesondere Ungarn, aber auch Österreich, Slowenien, Mazedonien, Bulgarien und Griechenland, die

¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-innenminister-belarus-fluechtlinge-101.html>.

² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article234522948/Seehofer-zur-Fluechtlingsroute-Schliessung-der-Grenze-ist-von-niemandem-beabsichtigt.html>.

Deutschland durch die von ihnen errichteten Grenzzäune³ effektiver von illegaler Masseneinwanderung abschirmen, als alle von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen.⁴

Und schließlich sind zu nennen die Staaten, die auf der neuen Weißrusslandroute liegen, insbesondere Polen, Litauen und Lettland⁵. Ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Unterstützung, die insbesondere auch durch einen großzügigen finanziellen deutschen Beitrag zu ihren Grenzsicherungsmaßnahmen⁶ zum Ausdruck kommen sollte. Deutschland sollte insofern dem Beispiel Tschechiens folgen, dass Litauen finanziell beim Bau eines Grenzzauns an der Grenze zu Weißrussland unterstützt.⁷

³ <https://www.zeit.de/news/2021-08/31/wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen>, <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Mazedonien-baut-Zaun-an-griechischer-Grenze?fbclid=IwAR1JSq1DFH3f4C5zC7c-6pobZJ9pO29fx9iTXlt1LW5nd-FwQOv8BuTsfC8>.

⁴ So will Innenminister Seehofer zwar Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze, schließt aber eine „Schließung“ der Grenze für Migranten aus, vergl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article234522948/Seehofer-zur-Fluechtlingsroute-Schliessung-der-Grenze-ist-von-niemandem-beabsichtigt.html>.

⁵ Zur Situation in Lettland siehe https://www.welt.de/politik/ausland/article233056297/Lettland-Wegen-Migranten-aus-Belarus-Notstand-ausgerufen.html?fbclid=IwAR2-iXKzqT1i0VCIJMcDMjp4O9CuQzXMWYN-OQlg6OEs_13sHA3DhvSCjc.

⁶ <https://www.zeit.de/news/2021-08/31/wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen>.

⁷ <https://kurier.at/politik/ausland/tschechien-gibt-litauen-geld-fuer-grenzzaun-zu-belarus/401727837?fbclid=IwAR1ocGQ7xZr3gz7AYYcjVnoIj0cD13AHpMZle7k69eEq5yDRjqONNWPo174>.

